

Koloniale Vergangenheit

Droht die Erinnerung die Nation zu spalten?

Kommentierte Dokumentation von Johannes Thomas

»» **Frankreich entdeckt, dass es nach der Anerkennung französischer Mitwirkung an der Judenvernichtung ein weiteres Kapitel in seiner Geschichte und kollektiven Erinnerung gibt, das der Entmythologisierung bedarf.**

Die Debatte über die koloniale Vergangenheit und ihre Behandlung im Schulunterricht, die Ende 2005 und Anfang 2006 Politik und öffentliche Meinung in Frankreich bewegt hat, nahm ihren Ausgang von einem Gesetz, das bereits am 23. Februar 2005 verkündet worden war, aber erst im Spätherbst des Jahres von der oppositionellen Linken als nationale Schande empfunden wurde. Bis dahin war der nationale Konsens in der Frage der „positiven Rolle“, die Frankreich in Übersee und besonders in Nordafrika gespielt habe, so der Artikel 4 des Gesetzes, im Wesentlichen ungebrochen. Wenn der Staatspräsident nun dafür sorgt, dass dieser Artikel, der den Hauptauslöser für die Diskussionen über Frankreichs koloniale Vergangenheit darstellt, per Dekret außer Kraft gesetzt wird, korrigiert er damit nicht etwa eine versehentlich zu einem Gesetzestext geronnene Minderheitsmeinung, sondern widerspricht der Einstellung einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit ebenso wie der einhelligen Auffassung von Abgeordneten und Senatoren quer durch sämtliche Parteien. Diese haben sich ohne Ausnahme seit 2003 bei Debatten über die Anerkennung und Entschädigung von Heimkehrern aus den früheren französischen Kolonien im Sinne des jetzt zurückgenommenen Gesetzesartikels zur Rolle Frankreichs in Nordafrika und überhaupt in Übersee geäußert, und wenn sie sich nicht in diesem Sinne geäußert haben, so haben sie dieser Bewertung der kolonialen Vergangenheit jedenfalls nie widersprochen.

Bei der Darstellung der französischen Kolonialdebatte im Folgenden werden in einem ersten

Schritt Äußerungen von Senatoren und Abgeordneten im Zusammenhang mit der Gesetzesinitiative zusammengestellt. Es folgen Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft, die wiederum zu neuen Stellungnahmen seitens der Politik geführt haben. Besondere Aufmerksamkeit ist schließlich auch den ehemaligen französischen Kolonien geschuldet (vgl. hierzu auch den Beitrag von Ortwin Ziemer in dieser Ausgabe). Ihre Reaktionen werden an dieser Stelle am Beispiel Algeriens dokumentiert. Die ausbleibenden Reaktionen aus dem subsaharischen Afrika erklären sich, wie etwa an dem hier näher beleuchteten Beispiel Togo deutlich wird, aus den weiter wirksamen postkolonialen Verflechtungen.

Statt einer strikt chronologischen Abfolge wurde einer Zusammenstellung der Informationen nach Themenkreisen der Vorzug gegeben. Gleichwohl wurde dabei weitgehend der zeitliche Verlauf der Diskussionsbeiträge respektiert.

Senats- und Parlamentsdebatten

Hamloaoui Mékachéra, Beigeordneter Minister für Kriegsveteranen, führt am 17. Dezember 2003 während einer Senatsdebatte zu den Heimkehrern aus Algerien¹ aus: „Ja, die Zeit ist gekommen, die außergewöhnlichen Leistungen dieser Landwirte, Unternehmer, Beamten, Zivilpersonen und Militärs, gleich welcher sozialen Schicht, angemessen zu würdigen. Sie haben im Namen Frankreichs und der von Frankreich verteidigten universalen Werte zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Entwicklung unermesslich großer Gebiete beigetragen [...]. Es ist Aufgabe unseres Erziehungssystems, dieser Geschichte, die integraler Bestandteil unserer Kollektiverinnerung ist, einen privilegierten Platz und eine gerechte Behandlung in den Schulbüchern vorzubehalten [...].“

Dabei soll es jedoch offenbar nicht darum gehen, die Lebensbedingungen der Kolonisierten zu beleuchten, also etwa auf die Enteignungen ihres fruchtbaren Landes zugunsten französischer Siedler oder ihre rechtliche Benachteiligung – sie besaßen unter anderem nicht das Wahlrecht – näher einzugehen. Thema sind allein die Verfolgungen und Benachteiligung von Algerienfranzosen seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962: „Ich denke an alle die zivilen Opfer vor und nach dem 19. März 1962. Ich denke an die durch die Gewalt in Algier und Oran geprüften Familien (Massaker an der französischen Bevölkerung durch den algerischen Front de Libération Nationale (FLN), Anm. d. Übers.)“ Es steht eben nicht die Bewältigung einer bisher durchweg positiv bewerteten kolonialen Vergangenheit zur Diskussion, sondern, wie der UMP-Senator André Vallet ausführt, „die Pflicht der Erinnerung Frankreichs und der Republik gegenüber den aus Nordafrika heimgekehrten Franzosen“.

Der UMP-Senator Jacques Peyrat beklagt: „[...] Unser Land hat einen Teil seines Gebiets, seiner Bevölkerung und seines Reichtums abgetreten, obwohl seine Armeen im Felde siegreich waren. Unsere Soldaten erscheinen in den Augen gewisser Leute als Folterknechte, trotz ihrer erfolgreichen Mission, außerhalb der Kämpfe, in der Territorialverwaltung, dem Gesundheits- und Bildungswesen, ja, sogar bei der Polizei.“ Ein anderer Vertreter der Regierungspartei, Max Marest, zieht gar in Zweifel, dass es 1962 ein algerisches Volk gegeben habe: „[...] Man müsste überhaupt erst noch die Existenz eines algerischen Volkes beweisen.“

Von den Senatoren der Linken wird die Problematik der kolonialen Vergangenheit bei dieser Sitzung mit keinem Wort thematisiert. Ihre Sprecher konzentrieren sich ausschließlich auf das Thema der Entschädigungszahlungen. Das gleiche Bild zeigt sich bei späteren Debatten im Parlament. Die koloniale Vergangenheit wird,

wenn überhaupt, ausschließlich positiv konnotiert.

Gesetz zur „Anerkennung der Heimkehrer durch die Nation“

Hamlaoui Mékachéra, Beigeordneter Minister für Kriegsveteranen, erklärt am 11. Juni 2004 in der Assemblée Nationale während der Beratung über ein Gesetz zur „Anerkennung der Heimkehrer durch die Nation“²: „Das oft karikierte, zuweilen gar verleumdete Wirken der Franzosen in Übersee kann und muss ganz objektiv eine Quelle des Stolzes sein, nicht nur für die Akteure dieser gewaltigen Unternehmung und für ihre Kinder, sondern auch für die Nation insgesamt.“

Dem wird von niemandem widersprochen, ganz im Gegenteil: Der UDF-Abgeordnete Francis Vercamer spricht von der „tiefempfundenen Anerkennung der Entwicklungsleistung der Franzosen, die sich in Übersee niedergelassen hatten, einer Entwicklungsleistung, die zur Ausstrahlung Frankreichs beigetragen hat.“ Michel Diefenbacher von der Regierungspartei UMP begrüßt den Gesetzentwurf „als klare und deutliche Bekräftigung der Anerkennung der Nation für diejenigen, die die Farben unserer Fahne über Generationen hinweg hoch gehalten haben.“ Noch deutlicher äußert sich Lionnel Luca, ebenfalls von der UMP: „[...] Wir bekräftigen endlich, dass es nicht schändlich gewesen ist, in diesem Land (Algerien) präsent gewesen zu sein, es bearbeitet zu haben, sich dort verwurzelt und es vorangebracht zu haben [...]. Wir müssen die Geschichte aufschreiben und unterrichten, damit die Kinder unseres Landes lernen, dass Frankreich sich nicht ausbeuterisch verhalten, sondern kolonisiert hat, dass es den Völkern die republikanischen Werte vermittelt und ihre Führungseliten ausgebildet hat.“ Es sei „ein Paradox, dass diejenigen Völker als erste“ die Leistungen der Franzosen in Übersee „gewürdigt haben, die wir mit Hilfe der Frankophonie, deren Unterbau die Kolonisierung bildet, gelenkt haben.“

Einwände gegen diese etwas einseitige Betrachtung der Geschichte oder auch nur davon abweichende Sichtweisen werden auch seitens der linken Abgeordneten nicht vorgetragen. So betont etwa der Sozialist Jacques Bascou, hier ganz im

Einklang mit der Regierung, dass „dieser Gesetzentwurf, dessen Absicht es ist, das Wirken Frankreichs in Übersee zu rehabilitieren, lobenswert“ sei.

Der Gesetzentwurf in 2. Lesung

Hamlaoui Mékachéra erläutert am 10. Februar 2005³ erneut, dass „das Gesetz, Ausdruck der ‘volonté générale’, die Anerkennung Frankreichs für diejenigen zum Ausdruck bringt, die auf allen Kontinenten, insbesondere in Indochina und Afrika, ein ebenso materielles wie kulturelles Werk geschaffen haben.“

Christian Kert (UMP) meint, es könne nun mit all den Klischeevorstellungen aufgeräumt werden, wie sie etwa ein Universitätsprofessor vor kurzem in „einer großen Abendzeitung“ verbreitet habe, wonach „das französische Abenteuer in Algerien nur eine abscheuliche koloniale Epoche“ gewesen sei. „Ihr Gesetzentwurf bestätigt das Gegenteil, und wir Abgeordneten [...] können stolz sein, dass wir den ursprünglichen Text vervollständigt haben, indem wir den Akzent legten auf die Anerkennung der Nation für das, was vollbracht wurde [...]“

Michel Diefenbacher, UMP, fordert seinerseits die „Anerkennung für das, was getan wurde, damit ‘das größere Frankreich‘ existieren konnte. [...] Es gehe darum, „die Leistungen der Siedler als Pioniere, Bauleute, Ingenieure, Landwirte, Männer des Gesetzes, Soldaten, Ärzte und Lehrer anzuerkennen.“ Für die UDF schlägt Rudy Salles in die gleiche Kerbe: „Frankreich hat die Pflicht zur Erinnerung und zur Anerkennung derer, die sein Reich („empire“) aufgebaut haben. Es muss stolz sein auf sein zivilisatorisches Wirken, besonders in Nordafrika.“

Wiederum bringen die Abgeordneten der Linken zu diesem Zeitpunkt offenbar keinerlei Einwände vor. Der PS-Abgeordnete Jacques Bascou fragt unter dem Beifall seiner Fraktion: „Hat die französische Regierung die Absicht, die Schulforderungen der Heimkehrer gegenüber dem algerischen Staat zur Geltung zu bringen, wenn der französisch-algerische Freundschaftsvertrag verhandelt wird. [...] Meinen Sie, dass die Heimkehrer selbst ihre Rechte vor internationalen Gerichten zur Geltung bringen müssen?“

Bei der anschließenden Abstimmung über die einzelnen Artikel des Gesetzes gibt es zu Artikel 4, der die Lehre von der positiven Rolle Frankreichs in Übersee, vor allem in Nordafrika, festschreibt, keine einzige Wortmeldung.

Der umstrittene Gesetzesartikel⁴

„Die universitären Forschungsprogramme räumen der Geschichte der französischen Anwesenheit in Übersee, insbesondere in Nordafrika, den Platz ein, den sie verdient. Die schulischen Unterrichtsprogramme erkennen insbesondere die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, besonders in Nordafrika, an und räumen der Geschichte und den Opfern der aus diesen Territorien stammenden Kämpfern der französischen Armee den herausragenden Platz ein, den sie verdienen.“

Appell der „Indigènes de la République“

Der viel zitierte Internet-Appell „Nous sommes les indigènes de la République“ vom 18. Januar 2005 richtet sich an „die Töchter und Söhne der Kolonialisierten und der Einwanderer, damit sie sich engagieren im Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung durch die postkoloniale Republik“. Unter den Unterzeichnern finden sich Aktivisten aus Organisationen zur Gleichberechtigung von Schwarzafricanern, aus Menschenrechtsorganisationen oder des „collectif des musulmans de France“, ebenso wie Globalisierungsgegner von Attac oder Trotzlisten der Ligue communiste révolutionnaire. Einer der Initiatoren des Appells, der Soziologe Saïd Bouamama, wehrt sich gegen den Vorwurf, die Debatte zu „ethnisieren“ mit dem Gegenvorwurf, dass die „Realität eine ethnisch bestimmte“ sei. „Die Erfassung der sozialen Probleme und die Konstruktion der politischen Maßnahmen folgen Logiken, die noch auf die gleiche Weise funktionieren wie zur Kolonialzeit. Solange man sich nicht mit dieser Zeit befasst, bleiben diese Logiken bestehen. Pap Ndiaye,

Historiker an der Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS), erkennt ebenso wie Patrick Lozès vom nationalen Parteirat der UDF das Verdienst des Appells an. Beide wirken im Übrigen an der Bildung des Conseil représentatif des associations noires (CRAN) am 26. November 2005 mit. Ndiaye erklärt: „Der Aufruf der Eingeborenen ist erhellend für die Bedeutung, die die Geschichte heute für alle diejenigen Bevölkerungsgruppen hat, die Opfer rassistischer Diskriminierung sind und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, obwohl sie in Frankreich geboren sind.“ Der eigentliche Initiator von CRAN, Patrick Lozès, unterstreicht: „Man kann die faktisch existierende ethnisch-rassistische Apartheid nicht länger verheimlichen, indem man sie hinter den großen republikanischen Prinzipien versteckt, um nicht handeln zu müssen.“ (*Le Monde*, 21.1.2006).

Einwände von Historikern, aber Zustimmung der Bevölkerung

Olivier Le Cour Grandmaison (Universität d'Evry und Collège international de philosophie) meint noch vor der Gesetzesvorlage und in Erinnerung an eine gescheiterte Gesetzesvorlage von 2003, die auch damals vom jetzigen Hauptverfechter des Kolonialgesetzes, Außenminister Philippe Douste-Blazy lanciert worden war: „Entgegen jeder historischen Wahrheit verteidigen diese Volksvertreter den Mythos einer großzügigen und zivilisatorischen Kolonisierung, die in Übereinstimmung stehe mit den Idealen, die Frankreich angeblich immer auf diesem algerischen Boden verteidigt hat. [...] Man hat also die hunderttausenden von Toten vergessen, meistens Zivilisten, die durch die teuflischen Truppen von Bugeaud und seinen Nachfolgern zwischen 1941 und 1881 umgebracht worden sind. [...] Man hat auch die mörderischen und systematischen Razzien sowie die massenhaften Enteignungen vergessen, die den Siedlern aus dem Mutterland die besten Böden verschaffen sollten. Man hat auch die „Eingeborenen“-Gesetzgebung vergessen, dieses Denkmal des Staatsrassismus, das am 29. Juni 1881 von der III. Republik angenommen wurde.“ (*Le Monde*, 3.2.2005).

Nicolas Bancel (Universität de Strasbourg) und Pascal Blanchar (CNRS) sehen in Frankreich immer noch die Kolonialkultur am Werk: „Ohne eine historische Betrachtung der Kolonialzeit kann man das Scheitern des Antirassismus, das Andauern der Diskriminierungen und auch die Fehlschläge der Integrationspolitik nicht begreifen. [...] Die Kolonial- und, in der Folge, die Postkolonialgeschichte ist immer noch kein Bestandteil unserer 'nationalen Geschichte'.“ (*Le Monde*, 17.3.2005). Die Geschichtswissenschaftler Claude Liauzu, Gilbert Meynier und Gérard Noiriel wehren sich im Folgenden mit einer in *Le Monde* veröffentlichten Petition gegen die staatliche Vereinnahmung der Geschichte: „Colonisation: non à l'enseignement d'une histoire officielle“. (*Le Monde*, 25.3.2005).

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA fördert im Gegenzug die Erkenntnis zutage, dass 64 Prozent der Franzosen das Gesetz gutheißen. Nur 29 Prozent haben keine positive Meinung dazu, während 7 Prozent überhaupt keine Meinung äußern. 79 Prozent der UMP- und 60 Prozent der UDF-Wähler, aber auch 68 Prozent der PCF-Sympathisanten und 55 Prozent der PS-Anhänger erklären ihre Zustimmung zur Sicht der Regierungspartei UMP (*Le Figaro*, 2.12.2005).

Erinnerung an die Sklaverei kontra Napoleon-Kult

Christiane Taubira, PRG-Abgeordnete aus Guyana, erinnert daran, dass Napoleon „auch die Wiedereinführung der Sklaverei“ bedeute. „Die französische Gesellschaft ist noch nicht bereit, eine Selbsterforschung über diese Zeit in Angriff zu nehmen, etwa zum Sklavenhandel oder zu ihrer kolonialen Vorstellungswelt.“ Man denke offenbar: „tant pis pour les nègres“. (*Le Monde*, 30.11.2005). Allerdings stand immerhin schon in Artikel 2 des nach ihr benannten Gesetzes von 2001: „Die Unterrichtsprogramme und die Forschungsprogramme für Geschichte und Geisteswissenschaften haben dem Sklavenhandel und der Sklaverei konsequent den Platz einzuräumen, den sie verdienen.“ (*Le Figaro*, 14.12.2005).

Unmittelbar vor den geplanten Austerlitz-Feiern erscheint das Buch „Le crime de Napoléon“ von Claude Ribbe, Historiker und seit kurzem auf Vorschlag von Premierminister de Villepin Mitglied der Beratenden nationalen Kommission für Menschenrechte. Für Ribbe ist es an der Zeit, mit der allenthalben gepflegten, Napoleon glorifizierenden Legendenbildung aufzuhören: „Wenn man ein Gesetz beschließt, wonach die Sklaverei und der Sklavenhandel Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, kann man nicht auf der einen Seite von der Pflicht zur Erinnerung sprechen und auf der anderen Napoleon glorifizieren.“ Das aber geschehe in aktuellen Fernsehserien zu Napoleon, in denen die Geschichte der Kolonisierten und Versklavten nicht vorkomme. „Es ist an der Zeit, dass man den Franzosen ihre Geschichte in den Schulbüchern erzählt. Das ist eine Frage des sozialen Zusammenhalts, der staatsbürgerlichen Gesinnung und der Wahrheit. Wenn Napoleon die Sklaverei wieder eingeführt und ab 1802 bei der Vernichtung der Bevölkerung, die die Sklaverei ablehnte, Gas eingesetzt hat, dann muss man das sagen. [...] Die Leute, die Napoleon glorifizieren, müssen, wenn sie Lust haben, das zu tun, auch seine schandhaftesten Nachfolger annehmen, denn unter ihnen sind auch Adolf Hitler [die Rassengesetze Napoleons können nach Ribbe als direkte Vorläufer der entsprechenden Bestimmungen in den Nürnberger Gesetzen angesehen werden, *Le Monde*, 24.12.2005] und Mussolini. [...] Napoleon war sehr praktisch veranlagt. Er wusste genau, dass es schwierig werden würde, 650 000 französische Bürger wieder zu versklaven. [...] Napoleon wusste, dass auf Haiti und Guadeloupe zehntausende farbiger französischer Soldaten standen und es schwierig sein würde, eine Bevölkerung, welche die Freiheit genossen hatte, wieder zu Sklaven zu machen. [...] Napoleon trifft daraufhin die verabscheuungswürdige Entscheidung, einen Teil der Bevölkerung zu töten. [...] Er beginnt damit in Haiti und Guadeloupe, indem er entscheidet, die freien Franzosen abzuschlachten (etwa 100 000) und sie durch direkt aus Afrika geholte Sklaven zu ersetzen. In dem Augenblick, in dem die militärischen Operationen 1802 damit beginnen, die Ordnung wieder herzustellen, laufen Sklavenschiffe aus Nantes, La Rochelle und

Bordeaux nach Afrika aus, um Leute von dort zu holen. Für Napoleon war das eine mit den Interessen des Handels und der Prosperität Frankreichs übereinstimmende Lösung [auch wenn sie insgesamt mehr als eine Million Menschen das Leben kostete, wie Ribbe in seinem Buch ausführt].“⁵

Die Verbände der DOM hatten zu einer Demonstration für den 3. Dezember 2005 aufgerufen „gegen den historischen Revisionismus und die offiziellen Feierlichkeiten zur Erinnerung an Napoleon.“ Und so verzichtete nicht nur Jacques Chirac, sondern selbst der bekennende Napoleon-Verehrer Dominique de Villepin darauf, an den Feiern zu Erinnerung an Austerlitz teilzunehmen (*Le Monde*, 30.11.2005).

Der PS entdeckt im November das von ihm mitgetragene Gesetz

Weder bei der Vorlage des Gesetzes am 23. Februar 2005 noch bei der Abstimmung darüber am 11. Juni 2005 in der Nationalversammlung hatte die Linke Einwände erhoben. Erst nachdem eine Gruppe von Geschichtslehrern, die Liga für Menschenrechte und insbesondere der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika dagegen protestiert hatten, versucht der PS am 29. November 2005, mit Hilfe eines eigenen Gesetzentwurfs in der Nationalversammlung das „Kolonialgesetz“ außer Kraft zu setzen. Vergeblich, wie angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu erwarten war (183 Stimmen, nur von der UMP gegen 94 Stimmen von PS, PCF und UDF). Die Verteidiger des Gesetzes aus dem Regierungslager machen geltend: „Wir verlangen einfach nur eine ausgewogene und aufrichtige Darstellung der Fakten“ (Christian Kerr) oder fragen „Wie kann man ein Land lieben, das sich selbst hasst?“ (Christian Vanneste). Lionnel Luca liest aus einem Schulgeschichtsbuch vor, das die Massaker an Franzosen und anderen Europäern im Jahr der Unabhängigkeit Algeriens unterschlägt. Andere wiederum verweisen auf die beachtlichen Leistungen französischer Militärärzte in Übersee, so Michel Diefenbacher (*Le Figaro*, 30.11.2005). Victorin Lurel, sozialistischer Abgeordneter aus Guadeloupe, fragt hingegen: „Sind

wir dazu verdammt, aufgrund einer Art historischer Züchtigung das ‘Erbrochene’ des Rassismus, kolonialen Stolzes und kolonialer Arroganz ‘wiederzukäuen?’“ Und der Abgeordnete Alfred Marie-Jeanne von Martinique erhebt den Vorwurf: „Die UMP-Abgeordneten verweigern die Anerkennung der Verbrechen, der Völkermorde, der Entfremdung, der Unterwerfung der Völker und die des Sklavenhandels.“ (*Le Figaro*, 8.12.2005).

Ehemalige Kolonien

a) Die Antillen auf Konfrontationskurs

Nachdem am 6. Dezember 2005 die Vorbereitungen zu größeren Demonstrationen auf den Antillen gegen Nicolas Sarkozy bekannt geworden waren, verzichtet der Innenminister auf seinen für den 8. und 9. Dezember geplanten Besuch. Zuvor hatte der weltbekannte Dichter der ‘Négritude’, Aimé Césaire, zu einem geplanten Treffen mit Sarkozy erklärt: „Ich akzeptiere es nicht, den Innenminister zu empfangen“, und dabei zur Begründung auf das Gesetz über die „positive Rolle“ Frankreichs in Afrika und in Übersee verwiesen. Ebenfalls sehr kritisch dazu äußerten sich die Autoren Edouard Glissant (ein persönlicher Freund des Ehepaares de Villepin) und Patrick Chamoiseau, die am 6. Dezember einen offenen Brief an Sarkozy veröffentlichten.

Sarkozy lädt seinerseits alle Abgeordneten der Antillen nach Paris ein, um dort mit ihnen „über die Gründe ihrer Emotionen zu sprechen“. Er meint zugleich in diesem Zusammenhang, „dass man mit den permanenten Schuldgefühlen aufhören müsse“, aufgrund derer man glaube, „sich für die Geschichte Frankreichs entschuldigen zu müssen.“ Das sei eine Haltung, die „die Grenzen des Lächerlichen“ streife (*Le Figaro*, 8.12.2005). (Siehe hierzu ausführlicher auch den Beitrag von Ortwin Ziemer in dieser Ausgabe.)

b) Der Artikel 4 und die algerisch-französischen Beziehungen

Zur Entwicklung vor dem Gesetz: Etwa 50 Jahre nach dem Kriegsausbruch in Algerien, das nach blutigen Kämpfen 1962 seine Unabhängigkeit erlangt, bemüht sich Staatspräsident Chirac mit

größtem Nachdruck um eine Wiederannäherung an die ehemalige Kolonie. Nach seinem ersten Algerienbesuch im März 2003 und einem weiteren Besuch am 15. April 2004 folgen in immer schnellerem Rhythmus gegenseitige Besuche von Regierungsmitgliedern beider Länder.

Die Feiern zur Landung der Alliierten im August 1944, als Soldaten aus dem Maghreb und aus Schwarzafrika eine erstaunte französische Bevölkerung befreiten, liefern weiteren Anlass für die freundschaftliche Annäherung (*Le Monde*, 14./15.8.2004). Die Stadt Alger wird bei dieser Gelegenheit wegen der Verdienste um die Befreiung Frankreichs mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika kommt sogar in den Genuss eine Einladung in das Fort von Bregançon, eine Residenz des Staatspräsidenten, in die zuvor kein ausländischer Regierungschef eingeladen worden war (*Le Monde*, 17.8.2004).

Im Elysée-Palast spricht man in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, angesichts der Verlagerung der EU nach Osten die „euromaghrebische Achse“ zu stärken. Mit „euromaghrebisch“ ist natürlich „franco-maghrebisch“ gemeint. Paris hofft, dadurch die Integration der algerischstämmigen Bevölkerung Frankreichs zu erleichtern (*Le Monde*, 16./17.10.2004). Vor allem aber richtet sich das Interesse auf die mit einer engeren Zusammenarbeit verknüpften wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das nordafrikanische Land kann nicht nur Gas und Öl nach Frankreich liefern, es verfügt dank seiner Einnahmen aus den Exporten über bedeutende finanzielle Reserven. Seine Einnahmen dürften in den nächsten zehn Jahren deutlich über 70 Milliarden Dollar liegen (Ende 2004 betragen die Reserven 45,4 Milliarden Euro). Andererseits leidet Algerien unter einer höchst unterentwickelten beziehungsweise verkommenen Infrastruktur. Hier steht die französische Industrie in den Startlöchern. Schließlich setzt Frankreich angesichts einer sehr jungen Bevölkerung – etwa 30 Prozent sind jünger als 14 Jahre – auf Algerien als einen dynamisch wachsenden Absatzmarkt, der heute schon zu einem Viertel von Frankreich abgedeckt wird. Der PCF mahnt allerdings eine bisher ausgebliebene Geste der Entschuldigung für die von der französischen

Armee verübten Kriegsgräuelp an (*Le Monde*, 31.10./1.11.2004).

Mit mehrmonatiger Verzögerung reagiert auch der FLN auf französisches Selbstlob für die Kolonialzeit. Am 7. Juni 2005 verurteilt er „mit allem Nachdruck“ das Gesetz, „das die Kolonialisierung verherrliche, eine rückschrittliche Sicht der Geschichte festschreibe und die Barbarei der Kolonialzeit“ zu rechtfertigen suche, „indem es die widerwärtigsten Handlungen wegradiere“. Und er warnt: „Die Zukunft der algerisch-französischen Beziehungen könnte infrage gestellt werden.“

Das neue Gesetz stieß auf umso erstauntere Ablehnung, weil zur selbst Zeit, als in der Nationalversammlung das Loblied auf die koloniale Vergangenheit gesungen wurde, der französische Botschafter in Algier die Massaker von Sétif an der algerischen Zivilbevölkerung im Mai 1945 als „unentschuld bare Tragödie“ charakterisiert hatte (*Le Monde*, 11.6.2005).

An diese Tragödie erinnert allerdings mit deutlicherer moralischer Bewertung auch Bachir Boumaza, ehemaliger Minister und Senatspräsident in Algerien. Er meint zu Artikel 4: „Die politischen Verantwortlichen in Frankreich haben in letzter Zeit häufig eine Parallele zwischen dem deutsch-französischen Vertrag und dem Vertrag gezogen, der zwischen Algerien und Frankreich vorbereitet wird. Wäre denn der Elysée-Vertrag [...] mit einem Deutschland möglich gewesen, das weiterhin die Nazis verteidigt hätte? Das Gesetz vom 23. Februar 2005 ist moralisch verwandt mit einer revisionistischen Haltung zu den Nazis. Die koloniale Leugnung ist ein Hindernis, das nicht zu unterschätzen ist. [...] Ich gehöre zu denen, die meinen, dass die Partnerschaft mit Frankreich wesentlich ist. [...] Ich ermutige die Bemühungen der Präsidenten Bouteflika und Chirac, die in diese Richtung gehen, aber man wird dabei nur weiterkommen, wenn man die Geschichte entkolonialisiert.“ (*Le Monde*, 11.6.2005). (Boumaza hat in seinem Buch „La Gangrène unter anderem“ geschildert, wie er 1958 in den Räumen des französischen Innenministeriums, mitten in Paris, mit Strom und Wasser gefoltert worden ist.)

Inzwischen findet auch Bouteflika zu deutlichen Worten. Für den algerischen Präsidenten steht der Artikel 4 für „eine geistige Blindheit, die

dem Negationismus und dem Revisionismus sehr nahe kommt“. Zuvor hatte er „die Öfen der Schande“ (Kalköfen, in denen ermordete algerische Zivilisten verbrannt wurden) angeprangert, „die der Besatzer in Guelma aufgestellt hat“, und sie mit den „Verbrennungsöfen der Nazis“ verglichen. Der Kolonialismus sei „eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Geschichte kenne“. Wenn Algerien auch bereit sei, den Vertrag mit Frankreich zu unterzeichnen, so werde man doch „auf gar keinen Fall, auch nicht durch Schweigen, „eine vorgeblich zivilisatorische Mission des Kolonialismus“ anerkennen (*Le Monde*, 1.7.2005; 26.11.2005). Er erinnert „unsere Freunde in Frankreich daran, [...] dass sie keine andere Wahl haben als anzuerkennen, dass sie von 1830 bis 1962 gefoltert, gemordet und Leben ausgelöscht haben [...], dass sie die algerische Identität vernichten wollten.“ Er hielt diese Ansprache in Sétif, wo im Mai 1945 mehrere zehntausend algerische Zivilisten massakriert worden waren. Am 28. August 2005 gab er sich wieder versöhnlich. Man wolle weiterhin der Vertrag, aber seine Unterzeichnung müsse „im gegenseitigen Respekt“ erfolgen. „Wir wollen nur Frieden und Ruhe auf gleicher Ebene.“ (*Le Monde*, 30.8.2005).

Die Regierung rudert zurück

Angesichts der stärker werdenden Proteste versucht Regierungssprecher Jean-François Copé die Sorgen von Lehrern und Professoren zu entkräften: „Es gibt keine offizielle Geschichte, und nichts in dieser Gesetzesvorlage könnte die Freiheit der Historiker einerseits und der Lehrer andererseits einschränken.“

Die Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie unterstrich am gleichen Tag: „Es ist nicht Aufgabe der Politiker, die Geschichte neu zu schreiben.“ François Barouin, Beigeordneter Überseeminister, vergaß die Einmütigkeit aller Fraktionen bei der Abstimmung über das Gesetz und behauptete, der Artikel 4 des Gesetzes entspreche nicht einer Entscheidung der UMP, sondern sei auf die Initiative eines einzelnen Abgeordneten zurückzuführen. Erziehungsminister Gilles de Robien versicherte, „er habe volles Vertrauen in die Lehren-

den, dass sie die Schüler die Geschichte in vollständiger Neutralität, totaler Objektivität und auf Fakten, nicht auf Interpretationen gestützt lernen ließen.“ Das etwas naiv klingende Bekenntnis zur reinen Fakten-Objektivität ergänzte er durch die gegen jede Evidenz sich richtende Behauptung „das Gesetz vom Februar 2005 beinhaltet keinerlei Veränderung der Lehrprogramme für Geschichte.“ (*Le Figaro*, 8.12.2005).

Allein Regierungschef Dominique de Villepin, der sich de facto von den Beschlüssen seiner Abgeordneten distanzierte, ging ernsthafter auf die Erinnerungsproblematik und die Empfindungen der Betroffenen, der Nachkommen von Kolonisierten und Versklavten, ein: „Es gibt nicht die eine französische Erinnerung, sondern mehrere Erinnerungen. [...] Manche sind noch lebendig, eine offene Wunde, leidvoll. [...] Es gibt die Erinnerung derer, die hinunter in den Bauch der Galeonen [Schiffe, die unter anderem für den Transport von Sklaven genutzt wurden, Anm. d. Übers.] geworfen worden sind.“ (*Le Monde*, 9.12. 2005).

Schließlich sieht sich Staatspräsident Jacques Chirac genötigt, einen ersten Versuch zu unternehmen, seine Regierungspartei aus der für sie immer prekäreren Situation herauszuführen. Er kündigt die Bildung einer pluralistisch zusammengesetzten Kommission an, die „die Rolle des Parlaments in den Bereichen der Erinnerung und der Geschichte beurteilen“ soll. Zugleich fordert er Frankreich auf, „sein Erbe anzunehmen, in der Achtung der Erinnerungen jedes Menschen, Erinnerungen, die manchmal die von Verletzungen sind und für viele unserer Mitbürger einen Teil ihrer Identität darstellen.“ Deshalb genüge der geringste Anlass, und „die Geschichte, die der Schlüssel für den Zusammenhalt der Nation ist, wird zum Keim ihrer Spaltung.“ Zugleich distanzieren er sich ebenso wie Dominique de Villepin vom Beschluss über den Artikel 4 und unterstreicht: „In der Republik gibt es keine offizielle Geschichte. Es steht nicht dem Gesetz zu, die Geschichte zu schreiben. Das Schreiben der Geschichte obliegt den Historikern.“ (*Le Figaro* und *Le Monde*, 11.12.2005).

Die Historikerdebatte geht weiter

Bezugnehmend auf Chiracs Erklärung, dass die Geschichte keine Angelegenheit des Staates und der Gesetze, sondern eine der Historiker sei, fordern 19 Historiker am 13. Dezember 2005 die Rücknahme aller Gesetze, die Geschichte zu schreiben beanspruchen. Sie beziehen sich also nicht nur auf das Gesetz vom 23. Februar 2005, sondern auch auf die so genannte Loi Gayssot vom 13. Juli 1990, die die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellt, auf das Gesetz zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern vom 29. Januar 2001 und auf das Gesetz zur Anerkennung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 21. Mai 2001. Unterzeichnet haben diese Aufforderung Jean-Pierre Azéma, Elisabeth Badinter, Jean-Jacques Becker, Françoise Chandernagor, Alain Decaux, Marc Ferro, Jacques Julliard, Jean Leclant, Pierre Milza, Pierre Nora, Mona Ozouf, Jean-Claude Perrot, Antoine Prost, René Rémond, Maurice Vaisse, Jean-Pierre Vernant, Paul Veyne, Pierre Vidal-Nacquet und Michel Winock (*Le Monde*, 14.12.2005).

Am 20. Dezember 2005 veröffentlichten 23 Historiker, Rechtsanwälte, Mediziner und Anwälte eine Petition in *Le Monde*, in der sie „die Amalgamierung eines höchst diskutablen Gesetzesartikels mit drei weiteren Gesetzesartikeln, die völlig anderer Natur sind, als schädlich“ bewerteten. Die anderen Artikel „erkennen belegte Fakten in Sachen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, um gegen deren Leugnung anzugehen und die Würde der Opfer, die durch diese Leugnung beleidigt werden, zu bewahren.“

Arno Klarsfeld, ein Sohn Serge Klarsfelds, der sich besondere Meriten beim Kampf um die Aufarbeitung des Holocausts in Frankreich erworben hat, wurde im Dezember vom UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy mit einer Studie zu dem umstrittenen Gesetzesartikel beauftragt. In einem Beitrag für *Le Monde* erinnert Klarsfeld daran, dass der Staat immer schon Schiedsrichter über die verschiedenen Erinnerungen und Erinnerungskulturen gewesen ist und im Sinne der Einheit der Nation bestimmte geschichtliche Momente in besonderer Weise bewertet hat. So etwa den 14. Juli

als Tag des Ausbruchs der Französischen Revolution, statt etwa den 19. Januar 1816, den Tag, an dem die Erinnerung an die Opfer der Revolution festgeschrieben wurde. Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 lasse zwar Gerechtigkeit gegenüber den positiven Aspekten der Kolonisierung walten, aber „der erste Teil von Artikel 4 ist inakzeptabel, weil er allein die ‘positive Rolle’ der französischen Präsenz hervorhebt, ohne daran zu erinnern, worin die beachtlichen Untaten der Kolonisation bestanden haben.“ (*Le Monde*, 28.12.2005).

Der PS versucht, sein Versagen zu kaschieren

François Hollande, Erster Sekretär des PS, veröffentlicht gemeinsam mit Victorin Lurel, dem bereits zitierten Abgeordneten aus Guadeloupe, eine Erklärung (*Le Monde*, 13.12.2005), in der er entgegen dem Gerede von „Ungeschicklichkeiten“ betont, der Beschluss über den Artikel 4 stelle schuldhaftes Verhalten dar. Die Schuld liege darin, „dass man die Auswirkungen nicht richtig eingeschätzt hat, welche die hinterlistige und heimliche Einführung dieses kleinen Satzes am Ende eines gewöhnlichen und trüben Nachmittags auf die ehemaligen französischen Besitzungen haben könnte.“ Entgegen dieser Darstellung Hollandes belegen die Sitzungsmitschriften, dass hier nichts heimlich und hinterlistig eingeführt wurde, was spät an einem gewöhnlichen und trüben Nachmittag unbeachtet abgestimmt worden wäre. Vielmehr wurde die „positive Rolle“ der französischen Kolonialherrschaft allenthalben sehr deutlich artikuliert, auch vom Sprecher der Sozialisten. Hollande distanziert sich im Übrigen an dieser Stelle auch gar nicht vom Inhalt des Artikels 4, sondern hebt nur ab auf dessen Wirkungen nach außen. Diese „Ungeschicklichkeit [...] kompromittiert die Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens und Afrikas.“ Erst im zweiten Teil der Erklärung liest man auch deutliche Kritik am französischen Kolonialismus. Sie stammt wahrscheinlich aus der Feder des Abgeordneten aus Guadeloupe. Jedenfalls stimmt sie, zumindest teilweise, mit seinen Ausführungen während der Parlamentsdebatte zum Antrag der So-

zialisten vom 29. November 2005 überein. Zusätzlich wird hier noch aus Aimé Césaires Schrift „Discours sur le colonialisme“ von 1950 zitiert, die offenbar heute, nach mehr als 50 Jahren, für die französischen Debatten immer noch eine große Aktualität besitzt.

Chiracs Befreiungsschläge

Der Elysée veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem der Präsident seinem Wunsch Ausdruck verleiht, „der Verfassungsrat möge sich, angerufen durch den Premierminister gemäß Artikel 37, Absatz 2 der Verfassung zur Rechtmäßigkeit des zweiten Absatzes von Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 äußern, und zwar im Hinblick auf seine Streichung“. Nach einer entsprechenden Erklärung des Verfassungsrates, die offenbar schon mit dem Elysée abgestimmt worden war, kann die Regierung ohne weitere Parlamentsdebatten den Absatz des Gesetzes, der gut einen Monat lang für Aufregung gesorgt hatte, per Dekret außer Kraft setzen. Dieses Verfahren hat mehrere Vorteile: Es kommt nicht mehr zu Parlamentsdebatten, die Regierungspartei muss sich nicht selbst widersprechen, und wegen der möglichen Schnelligkeit dieser Prozedur kann der algerisch-französische Freundschaftsvertrag, dessen feierliche Festschreibung bislang an jenem Artikel scheiterte, doch noch in absehbarer Zeit unterschrieben werden – der Präsidentschafts-Prätendent Sarkozy hatte mit der allgemein begrüßten Lösung nichts zu tun. (*Le Monde*, 27.1.2006).

Unter dem Druck der Ereignisse ist Chirac auch dem Vorschlag des Komitees für die Erinnerung an die Sklaverei unter Vorsitz der Schriftstellerin Maryse Condé gefolgt, den 10. Mai (für Frankreich, in den DOM gelten andere Termine), also den Tag der Verabschiedung der Loi Taubira, als Gedenktag zur Erinnerung an Sklavenhandel und Sklaverei vorzusehen. Zugleich hat Chirac den Schriftsteller Edouard Glissant von der Insel Martinique damit beauftragt, die Planungen für ein nationales Zentrum in Gang zu setzen, das dem Sklavenhandel, der Sklaverei und ihrer Abschaffung gewidmet sein soll. Dazu erklärte er, „die Größe eines Landes liegt darin, dass es seine

ganze Geschichte akzeptiert. Mit ihren ruhmreichen, aber auch mit seinen Schattenseiten. Unsere Geschichte ist die einer großen Nation. Betrachten wir sie mit Stolz! Betrachten wir sie so, wie sie gewesen ist. So findet ein Volk sich selbst.“ (*Le Monde*, 31.1.2006).

Subsaharisches Afrika: Von der Kolonialthematik nicht betroffen?

Keine Proteste wurden aus den ehemaligen Kolonien in Schwarzafrika bekannt. Eine einleuchtende Erklärung für diesen Sachverhalt liefert ein Universitätsdozent aus Bamako/Mali: „Unsere Geschichtsbücher werden durch die ‘Coopération Française’ subventioniert, und die Behörden haben große Angst davor, Frankreich zu kritisieren und unsere Beziehungen zu dem Land zu kompromittieren.“ (*Le Monde*, 25./26.12. 2005).

Dass die Auseinandersetzung mit der kolonialen und postkolonialen Vergangenheit aber auch hier noch zu führen ist, zeigt unter anderem das Beispiel Togo. Hier spielt auch die deutsche koloniale und postkoloniale Vergangenheit noch eine Rolle.

Deutsch-französische koloniale Nachwehen in Togo

Am 14. Mai 2005 erscheint in *Le Monde* ein Artikel unter der Überschrift „Paris et Berlin font des analyses contradictoires de la crise au Togo“. Eine Erläuterung der deutsch-französischen Analysedifferenzen erfolgt bereits im Untertitel: „Ancienne puissance coloniale, l’Allemagne n’a jamais caché son hostilité envers un régime considéré comme ami par Jacques Chirac“. Es geht danach also nur vordergründig um eine aktuelle Analyse der Situation, sondern um die in beiden Ländern seit längerem vorhandenen emotionalen Einstellungen gegenüber einem bestimmten togoischen Regime: Deutschland sei ihm als ehemalige Kolonialmacht feindlich gesinnt, obwohl oder weil es von Chirac als befreundetes Regime angesehen werde.

Die Geschichte, die dazu in diesem Artikel (und in weiteren Beiträgen derselben Zeitung) erzählt wird, spricht allerdings eine andere Sprache

als die zitierte Überschrift. Hier geht es nicht um Differenzen zwischen alten europäischen Kolonialmächten, sondern um die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, massive Wahlfälschungen und Übergriffe des Militärs gegenüber Oppositionellen, die viele hunderte Tote und tausende Verletzte zu beklagen gaben. *Libération* titelte denn auch realistischer: „L’intenable position de la France au Togo. Alors que l’UE et les Etats-Unis dénoncent une présidentielle entachée de fraudes, Paris félicite le nouvel élu.“ (7.5.2005).

Nach dem Tod des langjährigen Diktators Eyadéma Gnassingbé im Februar 2005, der 2003 dank einer pseudo-demokratischen Wahl seine Macht unter dem Anschein der Legitimität behalten konnte, hatte das ihm stets treu ergebene Militär seinen Sohn Faure an die Macht gepusht. Er musste zunächst dank internationalem Druck zurücktreten und einen Gang an die Urnen ankündigen. Bei den gefälschten und in einem Klima des Terrors durchgeführten Wahlen vom 24. April 2005 wurde Faure Gnassingbé zum neuen Präsidenten von Togo gewählt. Auf Drängen der internationalen Gemeinschaft hat er sich immerhin bereit erklärt, die Opposition an der Macht zu beteiligen. Von einer wirklichen Machtbeteiligung kann jedoch keine Rede sein. Alle Schlüsselfunktionen in seinem Land sind weiterhin von Vertrauensleuten aus seinem Stamm besetzt.

Jacques Chirac hat dem neuen Präsidenten gleich nach dessen Wahl seine Glückwünsche ausgesprochen, verbunden mit den besten Wünschen für einen vollen Erfolg seiner Arbeit. Deutschland hingegen sah und sieht die Wahl wegen der unbestrittenen Fälschungen und der Morde an Oppositionellen durch die Militärs erklärtermaßen kritisch. Damit steht Deutschland nicht alleine da. Das Europäische Parlament hat am 12. Mai 2005 festgestellt, dass es Faure Gnassingbés „Legitimität nicht anerkennen“ könne.

Paris folgt mit seiner Anerkennung offiziell dem Votum der CEDEAO (Communauté Economique des Etats de l’Afrique de l’Ouest), aber diese Organisation umfasst im Wesentlichen Staaten, die französische Truppen auf ihrem Territorium stationiert haben und deren Währung von Paris kontrolliert wird. Chirac könnte sich dennoch mit dieser Legitimierung zufrieden ge-

ben, wenn Togo nicht europäische Entwicklungshilfe benötigte, die vor zwölf Jahren wegen demokratiefeindlichen Verhaltens von Faures Vater Eyadéma eingestellt worden ist. Für die Wiederaufnahme dieser Hilfen, die Frankreich nicht durch eigene Mittel ersetzen kann und will, braucht es die Mithilfe Deutschlands. Um Deutschland unter Druck zu setzen, werden ihm seitens des Elysée laut eingangs zitiertem Artikel zwei Ereignisse vorgehalten. Zum einen soll ein Bericht über die Vermutung massiver Wahlfälschungen, den ein Vertreter der EU in Togo verfasst haben soll, durch deutsche Indiskretion ins Netz gelangt sein. Dieser Vorwurf wurde demontiert, nicht aber der Inhalt dieses Berichts. Zum anderen hat Paris den togoischen Innenminister François Boko, der nach Kritik an den Wahlfälschungen seines Amtes enthoben worden war und sich in die Deutsche Botschaft in Lomé geflüchtet hatte, vor den Mordgesellen des neuen Machthabers gerettet, indem es ihn nach Frankreich ausgeflogen hat. Für diesen Gefallen erwarte man im Elysée von den Deutschen, heißt es in unserem eingangs zitierten Artikel, dass sie nunmehr Gnassingbé dabei helfen, jene internationale Reputation zurückzugewinnen, die allein dazu führen kann, dass das Manna aus Brüssel wieder auf Lomé herabregnet.

Die Einstellung des Elysée wird vom Berichterstatter gleich anschließend auf der selben Seite durch ein Interview mit dem Vorsitzenden der togoischen Menschenrechtsorganisation, Adoté Ghandi Akwei, mit hinreichender Deutlichkeit kommentiert. Akwei erklärt unter anderem: „Frankreich hat uns enttäuscht, indem es systematisch die Augen vor den Fälschungen und den Übergriffen verschlossen hat. Die jungen Leute glauben nicht mehr den Reden über die Menschenrechte, und wir haben keine Argumente gegenüber denen, die Frankreich die Verantwortung für das hier geben.“

Mit solchen Frankreich-kritischen Stellungnahmen aus der Opposition nähern wir uns nun auch der Antwort auf die Frage nach Deutschland

als Rivale Frankreichs in Togo. Schon vor Monaten hatte *Le Monde* (5.3.2005) eine diplomatische Quelle zitiert, wonach es dem Elysée um jeden Preis darauf ankomme, den Wahlsieg des togoischen Oppositionsführers Gilchrist Olympio zu verhindern. Denn der sei Frankreich gegenüber kritisch eingestellt und sehr deutschfreundlich. Eine ähnliche Einstellung hatte schon seinen Vater, Sylvanus Epiphanio Olympio, der von 1958 bis zur Unabhängigkeit des Landes Ministerpräsident und danach von 1960 bis 1963 Präsident Togos gewesen war, das Leben gekostet. Günter Krabbe, ein deutscher Afrika-Berichterstatter, der sich zu dieser Zeit in Togo aufhielt, hat über die damaligen Ereignisse in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (20.6.2005) berichtet. Olympio hatte sich von französischer Vormundschaft befreien wollen und nicht nur einen neuen Hafen mit deutscher Entwicklungshilfe bauen lassen, sondern fertige Pläne zum Verlassen des Franc-

„Frankreich hat uns enttäuscht, indem es systematisch die Augen vor den Fälschungen und den Übergriffen verschlossen hat. Die jungen Leute glauben nicht mehr den Reden über die Menschenrechte.“

Verbandes und zur Einführung einer von der Deutschen Bundesbank garantierten Währung in der Schublade liegen. Unmittelbar vor Unterzeichnung der Verträge wurde er ermordet, und zwar von niemand anderem als dem Vater von Faure Gnassingbé, Eyadéma Gnassingbé. Der hatte in der Infanterie Coloniale Française in Algerien gedient. Nach dem Verlust Algeriens wurden diese Soldaten nicht mehr benötigt, und Frankreich schickte sie ohne Sold und Abfindung in ihre Heimatländer zurück. Eyadéma forderte mit seinen Kameraden in Togo vergeblich seinen Sold ein. Die Zahlungen wurden mit dem Hinweis verweigert, dass Togo keine Veranlassung habe, Soldaten zu alimentieren, nur, weil sie einer fremden Macht gedient hätten. Darauf zogen sie nach Bénin, das Heimkehrer aus französischen Kolonialkriegen gerne aushielt. Das konnte Hubert Maga, Präsident des Landes, deshalb problemlos leisten, weil sein Staatsdefizit großzügigerweise von Frankreich übernommen wurde,

weshalb er im Gegenzug dafür Sorge trug, dass die in seinem Land tätigen französischen Unternehmen nicht durch deutsche, britische oder andere Konkurrenz behelligt würden. Als Maga erfuhr, dass Eyadéma und andere die Ermordung Olympios planten, soll er General de Gaulle angerufen und gefragt haben, ob er Olympio schützen solle. De Gaulle habe die Frage mit dem Ausspruch beantwortet, es handele sich um eine interne Angelegenheit Togos. Damit war Olympios Schicksal besiegelt. Sein Haus wurde gestürmt und mit Maschinengewehren zerschossen. Er selbst konnte sich zunächst noch im Schutze der Nacht auf dem benachbarten Gelände der amerikanischen Botschaft verstecken. Bei Tagesanbruch fand ihn jedoch Eyadéma dort in einem Auto versteckt und streckte ihn mit drei Schüssen zwischen die Augen nieder. Der erwähnte deutsche Berichterstatter setzte dazu eine Meldung ab und wurde daraufhin auf Wunsch des französischen Botschafters aus Togo ausgewiesen.

Drei Jahre später putschte sich Eyadéma an die Macht und behielt sie über 38 Jahre. Nach seinem Tod in diesem Jahr erklärte Jacques Chirac: „Mit ihm geht ein Freund Frankreichs von uns, der für mich ein persönlicher Freund gewesen ist.“

Togo als Drehscheibe französischer Geheimoperationen

Seit Eyadéma an der Macht war, galt Togo als Drehscheibe aller französischen Geheimoperationen auf dem schwarzen Kontinent. Er galt auch als großzügiger Spendenlieferant für französische politische Parteien. Auch Gelder aus anderen afrikanischen Ländern sollen auf dem Weg nach Paris den Umweg über Togo genommen haben, wo sie in Koffer mit Geldscheinen verwandelt wurden.

Das mag nach *Le Monde* die besondere Zuneigung von Politikern der Rechten wie der Linken für den afrikanischen Diktator erklären (*Le Monde*, 5.3.2005). Erklärbar wird angesichts der Vorgeschichte auch, weshalb vermummte Milizen des neuen Machthabers in Togo das Goethe-Institut gestürmt und abgefackelt haben (*Le Monde*, 30. 4./1.5.2005).

Wie dem auch sei, frühere Gründe für deutsch-französische Differenzen in Sachen Togo sind nicht länger erkennbar. Es gibt keinen Wettstreit zwischen Mark und Franc, und aus dem Wirtschaftsleben des Landes haben sich die Franzosen fast vollständig zugunsten der Libanesen zurückgezogen. Sollte es da nicht möglich sein, statt Reflexen nach alter Kolonialherrenart dem deutsch-französischen Reflex zu folgen und gemeinsam an einer europäischen Afrikapolitik zu arbeiten? Dabei könnte man vielleicht auch jene hehren Prinzipien wie etwa die Menschen- und Bürgerrechte beherzigen, für die Europa steht oder stehen sollte. Frankreichs Diplomatie hat im Übrigen schon vor Jahren begonnen, selbst in Bezug auf Afrika mehr in Richtung Europa zu schauen (siehe *Dokumente*, 6/1999, S. 471–482). Chirac hatte dann allerdings nach seiner Wiederwahl 2002 die europäische Flagge eingeholt und wieder die Trikolore gehisst. Dennoch wird neuerdings wieder angeregt, die France-Afrique-Gipfel durch Europa-Afrika-Gipfel zu ersetzen. Deutschland sollte seinen Partner (der allerdings vorerst bei der Formel „Afrique-France“ bleiben möchte, *Le Figaro*, 3./4.12.2005) auf diesem Weg nachdrücklich unterstützen. Das würde die Aufarbeitung der kolonialen und postkolonialen Vergangenheit in beiden Ländern zweifellos erleichtern.

1 www.senat.fr/seances/s200312/s20031217/s20031217001.html, März 2006.

2 Assemblée Nationale: Journal officiel de la République Française, compte rendu intégral des séances du vendredi 11 juin 2004; www.assemblee-nationale.fr, März 2006.

3 www.assemblee-nationale.fr/12/cr/2994-2005/, März 2006.

4 Loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4, 23 février 2005.

5 www.noiresmemoires.rfo.fr/imprimer.php3?id_article=36, März 2006.